Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Insertionspreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Zeitrand und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur vom Behörden die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk. in die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen versch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 26. | Sonnabend den 1. Februar 1919. | 78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Herabsetzung des Kartoffelverbrauches und Enteignung der dadurch freiwerdenden Mengen.

Der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes hat angeordnet, daß vom 3. Februar d. J. ab der wöchentliche Verbrauch der Versorgungsberechtigten von 7 Pfund auf 5 Pfund und der tägliche Verbrauch der Kartoffelerzeuger von 1½ Pfund auf 1 Pfund herabgesetzt wird.

Das Sächsische Wirtschaftsministerium hat demzufolge bestimmt, daß

1. bei den Kartoffelerzeugern auf jeden Kopf ihres Hausstandes 96 Pfund zu enteignen und abzunehmen,
2. jeder auf Landeskartoffelkarte mit 3 Zentnern eingedeckten Person 50 Pfund Kartoffeln zu enteignen und abzunehmen sind.

In Ausführung dieser Vorschrift wird die

Enteignung

der angeführten Mengen hiermit ausgesprochen und das Eigentum an den enteigneten Kartoffeln auf den Kommunalverband Meißen-Land übertragen.

Die enteigneten Kartoffeln sind unverzüglich auszusondern und zur Verfügung der Ortsbehörde bez. sofern Rittergüter in Betracht kommen, zur Verfügung des Kommunalverbandes zu halten.

Die Ortsbehörden werden auf Grund von § 9 der Bundesratsverordnung vom 18. Juli 1918 veranlaßt, die enteigneten Kartoffeln **sofort** abzunehmen.

Der Enteignungspreis beträgt, soweit die Kartoffeln gute und gesunde Speiseware darstellen, Mk. 7,25 für den Zentner, für minderwertige Ware stellt die Ortsbehörde den Preis selbständig fest. Weigert sich ein Erzeuger, innerhalb der ihm gesetzten Frist zu liefern, so kann auf seine Kosten zwangsweise Abholung stattfinden. In solchem Falle kann der Uebernahmepreis nach reichsgesetzlicher Bestimmung um Mk. 3,— für den Zentner gekürzt werden.

Zuwiderhandlungen sind mit Geldstrafe bis zu 150 Mk oder Haftstrafe bedroht, soweit sie nicht gemäß § 18 der Verordnung vom 18. Juli 1918 mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft werden. Außerdem können nach dieser Bestimmung die Kartoffelvorräte bei Zuwiderhandlungen, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, ohne Zahlung einer Entschädigung für verfallen erklärt oder eingezogen werden.

Meißen, am 1. Februar 1919. Nr. 7 e II K

1806 **Die Amtshauptmannschaft.**

Versorgung mit Magermilch, Quark u. Käse.

Die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft vom 21. Dezember 1918 wird wie folgt abgeändert:

Jeder der vier Monatsabschnitte der Landessperrkarte für Magermilch, Quark und Käse darf im Bereich der Amtshauptmannschaft Meißen vom 3. Februar 1919 ab nur noch mit

½ Liter Mager- oder Buttermilch oder ¼ Pfund Quark oder ⅛ Pfd. Käse beliefert werden.

Meißen, am 31. Januar 1919.

1807 **Die Amtshauptmannschaft.**

Rattenvergiftung betr.

Von einer größeren Anzahl von Grundstücksbesitzern der Stadt wird Klage geführt über das beobachtete Ueberhandnehmen der Ratten in den Grundstücken. Aus wohlfahrtspolizeilichen Gründen wird deshalb hierdurch angeordnet, daß alle Hausbesitzer der Stadt in der Woche vom 2. zum 8. Februar ds. Js. für Vertilgung der Ratten selbst oder durch vertrauenswürdige Personen besorgt zu sein haben. Zu dem Zwecke sind an für Menschen und Haustiere sonst nicht zugänglichen trockenen Stellen der Heimschleusen mit Phosphorbrei bestrichene Brotstücken auszulegen. Der Phosphorbrei ist in der Apotheke zu haben.

Wilsdruff, am 29. Januar 1919.

1803 **Der Stadtrat.**

Runkelrübenablieferung.

Die Landesstelle für Gemüse und Obst braucht **sofort** eine größere Menge Runkelrüben. Die Aufkäufer des unterzeichneten Kommunalverbandes, die bisher Runkelrüben verladen haben, und zwar:

1. Franz Klinger in Starbach,
2. Louis Otto in Lommatzsch,
3. Hermann Grimmer in Staucha,
4. Moritz Thomas in Gleina,
5. Karl Hermann Fischer in Lommatzsch,
6. Alwin Zänker in Ziegenhain,
7. Paul Böhme in Krögis,
8. Moritz Fichtner in Robschütz,
9. Hugo Schanze in Meißen, Bismarckstraße 21,
10. Adolf Schneider in Meißen, Webergasse 10,

sind deshalb angewiesen worden, Runkelrüben zur Verladung zu bringen.

Die Erbauer von Runkelrüben werden aufgefordert, umgehend den vorgenannten Aufkäufern Runkelrüben aus den von der Gemeindebehörde sichergestellten Mengen anzubieten. Der Erzeugerpreis für den Zentner beträgt bis auf weiteres 2,90 Mk. Die Runkelrüben können nach Mitteilung der Landesgemüsestelle **auch bei Frost** verladen werden.

Nr. 371 cd II F.

Meißen, am 30. Januar 1919.

1805 **Der Kommunalverband Meißen-Land.**

Brotversorgung.

Für den Kommunalverband Meißen Stadt und Land wird nach Gehör des Ernährungsausschusses ab 1. Februar 1919 folgendes bestimmt:

I. Backvorschriften.

Das Mischungsverhältnis für die Brotherstellung beträgt:
70 Teile 94%iges Roggenmehl
und 30 Teile 94%iges Weizenmehl.

II. Druschprämiengebühr.

Die von den Bäckern und Mehlhändlern zu entrichtende Druschprämiengebühr wird wird auf 2.— Mk. für den Doppelzentner Mehl herabgesetzt.

Die Mehlbezugsscheingebühr verbleibt wie bisher 50 Pfg. für den Doppelzentner.

III. Mehlhöchstpreise.

1. Der **Höchstpreis**, den die **Bäcker und Mehlhändler** für den Doppelzentner 94prozentigen Mehls **an die Mühle** zu entrichten haben, beträgt vom 1. Februar 1919 ab:
   40 Mk. für 94prozentiges Roggenmehl,
   42 Mk. für 94prozentiges Weizenmehl.
2. Die Mehlhöchstpreise, die die Bäcker und Mehlhändler fordern dürfen, betragen:
   a) beim Bezug von mindestens 2 dz:
      für Roggenmehl 43,50 Mk. für den dz.
      für Weizenmehl 45,50 Mk. für den dz.
   b) beim Bezug von weniger als 2 dz., aber mehr als 20 kg:
      für Roggenmehl 47 Pfg. für das kg
      für Weizenmehl 49 Pfg. für das kg
   c) beim Bezug von weniger als 20 kg:

für Roggenmehl		für Weizenmehl	
56 Pfg. für	1 kg	58 Pfg. für	1 kg
42 „ „	740 g	43 „ „	740 g
28 „ „	1 Pfd.	29 „ „	1 Pfd.
18 „ „	300 g	18 „ „	300 g
11 „ „	180 g	11 „ „	180 g
4 „ „	60 g	4 „ „	60 g

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß der Bezug von Mehl seitens aller Versorgungsberechtigten und Selbstversorger nur bei einem Bäcker oder Mehlhändler erfolgen darf. Der Bezug von Mehl von den Mühlenbäckereien ist verboten.

IV. Brotpreise.

Die Brotpreise für Schwarzbrot verbleiben wie bisher:

22½ Pfg. für 1 Pfd. Brot,
45 Pfg. für 2 Pfd. Brot,
90 Pfg. für 4 Pfd. Brot,
135 Pfg. für 6 Pfd. Brot.

Der Höchstpreis für eine Semmel im Gewicht von 70—75 g beträgt 6 Pfennige.

V. Strafbestimmungen.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden auf Grund der §§ 61, 80, 81 der Reichsgetreideordnung vom 29. Mai 1918 mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100000 Mark, oder mit einer dieser Strafen bezw. auf Grund des Höchstpreisgesetzes bestraft.

Meißen, am 30. Januar 1919. Nr. 181 II E

1804 **Kommunalverband Meißen Stadt und Land.**

Grumbach und Kesselsdorf.

Die Wahlzeit für die Volkskammerwahlen am 2. Februar 1919 ist auf die Zeit von **vormittags 9 bis abends 7 Uhr** abgekürzt worden.

Grumbach und Kesselsdorf, am 31. Januar 1919.

Die Wahlvorsteher.
Schulze, Irrgang.

1799

An die Herren Gemeindevorstände des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff.

Um das Wahlergebnis des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff für die Volkskammerwahlen rechtzeitig zusammenstellen zu können, bitten wir, das Wahlergebnis Ihres Wahlbezirks nach der Zusammenstellung am Sonntag abend **sofort dringend dem „Wilsdruffer Tageblatt", Fernsprech-Anschluß Nr. 6, zu telephonieren.** Es bedarf nur der Bezeichnung: Liste Fräßdorf, Liste Kraft, Liste Menke, Liste, Blüher, Liste Hille, List Dr. Wagner mit Angabe der dazu gehörigen Einzelergebnisse.

Wilsdruffer Tageblatt.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Streikgefahr in der ganzen Welt.

Kampf gegen Polen und Bolschewisten

Deutsche Abwehrmaßregeln.

Die Polen in den preußischen Ostseeprovinzen erheben, unterstützt von der Warschauer Regierung, auch trotz der Warnung der Entente immer dreister ihr Haupt und legen ihrer Begehrlichkeit gar keine Zügel mehr an. Unsere östlichen Landesteile sind jedenfalls in höchster Gefahr und schnelle Hilfe tut dringend not. Dessen ist sich auch die Reichsregierung bewußt, wie der jüngste Aufruf Noskes an die deutschen Männer zeigt. Leider versuchen manche örtliche Instanzen, die Anwerbung von Freiwilligen zu verhindern. Die Nachricht von der Räumung Libaus bestätigt sich nach Meldung des Gouvernements Libau nicht. Die unwahren Nachrichten von der Räumung Libaus sind höchstwahrscheinlich absichtlich verbreitet worden, um den Nachschub von Kriegsmaterial und Truppen nach der Front zu unterbinden.

Drohender Angriff auf Westpreußen.

Die Provinz Westpreußen mit der Küste und dem Danziger Hafen scheinen für die Polen eine ganz besondere Anziehungskraft zu besitzen.

Berlin, 30. Jan. Die letzten Nachrichten, die aus dem Osten an die Reichsregierung und an das Kommando des Grenzschutz Ost gelangt sind, lassen es unzweifelhaft erscheinen, daß die Polen einen starken Vorstoß gegen Westpreußen planen, und diese Provinz schon in der allernächsten Zeit ebenso in ihre Gewalt bringen wollen, wie es ihnen in Posen leider gelungen ist.

Der polnische Teilvorstoß gegen Culmsee ist nur als ein Vorzeichen einer großangelegten polnischen Aktion gegen Westpreußen anzusehen. Die Zustände in Westpreußen sind nach Ansicht der Regierung mit einem Pulverfaß zu vergleichen, es fehlt nur der Funke, um es zur Explosion zu bringen. Es ist gelungen, den ersten Vorstoß der Polen bei Culmsee zurückzuweisen.

Hindenburg Oberbefehlshaber Ost.

Wie schon einmal, so wird Hindenburg wieder der Retter des Ostens sein, denn diese Meldung wird jetzt bestätigt. Er trifft mit Groener schon in allernächster Zeit im Hauptquartier Stolberg ein. Im Übrigen werden zwei Armeen aufgestellt. Das **Armee-Oberkommando-Nord** wird nach Braunsberg kommen. Führer dieser Gruppe ist General v. Quast, sein Generalstabschef General v. Seeckt. Das **Armee-Oberkommando-Süd** hat Breslau als Standort. Das Kommando hat der Kommandierende General des 6. Armeekorps, v. dem Borne, übernommen, als Stabschef ist ihm General v. Loßberg zugeteilt.

Ein deutsches Heer von 300 000 Mann.

Von militärischer Seite wird nachdrücklichst betont, daß für die bevorstehenden Kämpfe gegen die Polen und die russische bolschewistische Armee mindestens 300000 Mann bestorganisierter Leute notwendig sind. Die im Osten aufgestellten örtlichen Schutztruppen können kaum in Betracht für eine Aktion großen Stils. An der genannten Zahl fehlt aber noch eine beträchtliche Menge. Freiwillige werden also nach wie vor dringend gebraucht. Man denke auch an die Organisierung von Arbeitslosen.

Ministerreisen nach Ost- und Westpreußen.

Die preußischen Minister Hirsch und Ernst sowie der Landrat Löbrs vom Ministerium des Innern und zwei Mitglieder des Zentralrats der ASR werden eine Reise nach dem Osten antreten, um sich eingehend über die Polenfrage zu unterrichten. Sie werden die Städte Königsberg, Sensburg, Allenstein, Thorn, Bromberg und Schneidemühl besuchen und sich dort nicht nur mit den örtlichen Behörden, sondern auch mit den örtlichen ASR in Verbindung setzen. Die Aussprache mit den ASR soll insbesondere den Mitgliedern des Zentralrats Gelegenheit geben, die polnische Gefahr kennenzulernen. Diese Aufklärung ist um so dringlicher und notwendiger, als gerade die ASR im Westen vielfach der Aufstellung der Grenzschutztruppen den stärksten Widerstand entgegensetzen und sogar Truppentransporte nach dem Osten verhindern, weil sie die von den Polen den östlichen Gebieten Preußens drohende Gefahr unterschätzen.

Streikgefahr in der ganzen Welt.

Internationale Folgeerscheinungen des Krieges.

Unmittelbar nach dem Beginn des Waffenstillstandes auf dem westlichen Kriegsschauplatz schien es, als ob der in dem großen Ringen unterlegene Teil Europas allein alle Folgewirkungen tragen sollte. Je länger sich aber die Friedensverhandlungen und damit die Aussichten der Demobilisation bei den Siegern hinziehen, je mehr zeigt es sich, daß Sieger und Besiegte mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Streik in aller Welt. Und überall dieselbe Forderung: Verkürzte Arbeitszeit und erhöhte Löhne.

Ausdehnung des Streiks in England.

Die Streikbewegung in England, die auf einigen Schiffswerften der Themse begann, hat sich auf alle Schiffswerften Mittelenglands ausgedehnt. In verschiedenen Häfen liegen Schiffe mit Lebensmitteln, die infolge des Streiks nicht gelöscht werden können. In Belfast hat der Streik auf die ganze Stadt mit sämtlichen Betrieben übergegriffen. Es fahren keine Straßenbahnen, Gas und Elektrizität sind gesperrt, der Schiffbau steht still, die Vergnügungsorte, Wirtschaften und Restaurants haben geschlossen. Nur die Krankenhäuser erhalten elektrischen Strom. Einige Fabriken, in denen noch elektrisches Licht gebrannt wurde, wurden von den Aufständigen angegriffen. Die Polizei mußte schließlich eingreifen und die Ruhe wieder herstellen. Insgesamt streiken etwa 200 000 Mann.

Streikkrawalle in Indien.

Nach Schweizer Berichten, die aus zuverlässiger Quelle stammen, durchzieht gegenwärtig Indien eine Streikbewegung, die die größte in der Geschichte Asiens ist. In Bombay allein streiken 100000 Textilarbeiter. Hier und in anderen Städten kam es zu blutigen Krawallen. Mehrfach mußte Militär mit Panzerautos einschreiten, um die Ordnung wiederherzustellen. In Indien handelt es sich nicht allein um Lohnfragen, sondern um eine allgemeine politische Bewegung, die die Unabhängigkeit zum Ziele hat und die stark durch bolschewistische Elemente gestützt wird.

Amerikas Arbeiter gegen die Friedenswirtschaft.

Obwohl die Nachrichten über die amerikanische Streikbewegung nur spärlich fließen, läßt sich doch soviel erkennen, daß die Streikenden unter allen Umständen ein Sinken der Löhne auf die Friedenspreise verhindern wollen. Dazu kommt, daß der amerikanische Arbeiter nur wenig sozialistisch geschult und nicht gewohnt ist, seine Forderungen im politischen Kampf zu vertreten. Infolgedessen treibt der Bolschewismus üppige Blüten, wie die plötzlich im Januar an allen Orten ausbrechenden Teilstreiks erkennen ließen.

*

In Italien und Frankreich liegen die Dinge nicht wesentlich besser. Überall wird mit Streik gedroht und mit dem Gedanken des Generalstreiks gespielt. Es ist deshalb wohl verständlich, wenn die amerikanischen Großindustriellen verlangen, daß die Pariser Konferenz sich in erster Linie bei Beratung der Wirtschaftsfragen mit der internationalen Lohnpolitik beschäftige.

Gegen den Raub der deutschen Kolonien.

Eine Erklärung der deutschen Regierung.

Die in den letzten Tagen in der ausländischen Presse veröffentlichten Nachrichten über die Entente-Beschlüsse hinsichtlich der deutschen Kolonien veranlassen die deutsche Regierung in halbamtlicher Form erneut darauf hinzuweisen, daß die Wilsonschen Vorschläge zur Regelung der kolonialen Frage auch von den Alliierten ohne Einschränkung angenommen worden sind. Es heißt dann in der Erklärung:

*

Die Pläne, die darauf hinausgehen, Deutschland vom Besitz kolonialer Gebiete auszuschalten, stehen nicht nur zu dem Wilsonschen Friedensprogramm in krassem Gegensatz; sie erwecken überdies im deutschen Volke, das von seinen Gegnern einen Frieden des Rechts erwartet, ein Gefühl tiefster Erbitterung. Für Deutschlands Ausschließung vom Kolonialbesitz liegt keinerlei Grund vor. Die Behandlung der Eingeborenen, auf die unsere Gegner sich gern berufen, war in den deutschen Kolonien zum mindesten nicht schlechter, als in denen unserer Gegner, und die Befürchtung, Deutschland könne seinen Kolonialbesitz zu U-Bootsstationen und Flottenstützpunkten benutzen, entbehrte jeder Begründung von dem Augenblicke an, in dem die deutsche Volksregierung sich offen und rückhaltlos zu dem Wilsonschen Völkerbunds- und Abrüstungsgedanken bekannte.

Die Regierungserklärung drückt zum Schluß die Hoffnung aus, daß Präsident Wilson seine feierlich vor aller Welt verkündeten Grundsätze nicht preisgeben wird. Die Meldungen der ausländischen Blätter dürfte vielleicht dem Wunsche gewisser feindlicher Diplomatenkreise entsprechen, nicht aber den Tatsachen. Es ist nicht anzunehmen, daß Präsident Wilson der Aufteilung der deutschen Kolonien zugestimmt hat.

Neueste Meldungen.

Hindenburg über den Kampf im Osten.

Berlin, 30. Jan. Wie von glaubwürdiger Seite erklärt wird, versichert Generalfeldmarschall Hindenburg, daß er mit dem bisherigen Erfolge der Anwerbung von Freiwilligen zufrieden sei. Er habe berechtigte Hoffnung, daß er schon bald vier kriegsstarke Armeekorps gegen den Osten zur Verfügung habe.

Frankreichs Arbeiter gegen einen Gewaltfrieden.

Zürich, 30. Jan. Nach Meldungen aus Frankreich wollen alle französischen Arbeiter am nächsten Sonntag in über 800 Versammlungen gegen einen Gewaltfrieden und für einen beschleunigten Friedensschluß demonstrieren.

Ausweisung aller Deutschen aus Kanadien.

London, 30. Jan. Die kanadische Regierung hat die Ausweisung aller Feinde beschlossen. Jeder Interessierte erhält bei seiner Ausweisung 75 Dollars. Über sein beschlagnahmtes Vermögen wird später entschieden.

Wilson und die Schadenersatzansprüche.

Basel, 30. Jan. Präsident Wilson beharrt auf seinem Standpunkt, daß man keineswegs den Ersatz aller Kriegskosten von Deutschland erwarten dürfe. Es käme nur der Ersatz des tatsächlichen Schadens in Frage, nicht aber alle Aufwendungen für Armee, Marine usw.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes".

Taft Vorsitzender der amerikanischen Delegation auf der Friedenskonferenz.

Genf, 31. Jan. (tu.) Nach einer Meldung des Lyoner Progreß wird aus der Umgebung Wilsons bestätigt, daß nach der Amerika-Reise Wilsons Taft den Vorsitz der amerikanischen Delegation auf der Friedenskonferenz übernehmen wird.

Die Abreise Wilsons auf den 15. Februar festgesetzt.

Genf, 31. Jan. (tu.) Präsident Wilson wird, wie der Temps berichtet, sich am 15. Februar in Brest einschiffen, um am 4. März seine Botschaft im Kongreß in Washington selbst zu verlesen.

Stimmungsmache in der Schweiz für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland.

Wien, 31. Jan. (tu.) Das Neue Wiener Journal berichtet aus diplomatischen Kreisen, daß der deutsch-österreichische Gesandte in Berlin in der Schweiz weilt, um in Ententekreisen für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland Stimmung zu machen. Insbesondere sollen die auf der Sozialisten-Konferenz anwesenden Sozialistenführer zur Geltendmachung ihres Einflusses gewonnen werden.

Unhaltbare Zustände in Greifswald.

Stettin, 31. Jan. (tu.) Das 3. Bataillon des Infanterie-Regiments No. 42 hatte mit klingendem Spiel seinen Einzug in seine alte Garnison Greifswald gehalten, wobei zum Schluß das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" angestimmt wurde. Dies hatte den Unwillen des dortigen A.- und S.-Rates erregt, weshalb man beschloß, zum Protest am nächsten Tage auf allen öffentlichen Gebäuden die roten Fahnen zu hissen, was wiederum in den Kreisen der Beamtenschaft starke Mißstimmung hervorrief. Die Postbeamten haben nun zum Protest gegen diese Vergewaltigung ihre Arbeit eingestellt und auch die Aerzte in den Kliniken haben, wie aus der hier stattfindenden Tagung der pommerschen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte mitgeteilt wurde, die Arbeit vorläufig eingestellt.

Anerkennung der Regierung Ebert-Scheidemann durch die Entente.

London, 30. Jan. In einem Leitartikel fordern die „Times" im Interesse der Festigung der Lage und eines dauerhaften Friedens die möglichst baldige Anerkennung der Regierung Ebert-Scheidemann. Auf Grund der Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung sei die Entente ohne weiteres in der Lage, diese Anerkennung bald auszusprechen. „Daily News" schließen sich dringend der Forderung der „Times" an.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 31. Januar 1919.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

am 30. Januar 1919 abends 7 Uhr.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung enthielt 10 Punkte. Der erste betraf verschiedene Eingänge. Zustimmend verhält sich das Kollegium zu dem Beschluß des Stadtrats, ca. 100 Zentner Preßtorf (nicht Preßsteine) zur Abgabe an die Bewohner anzuschaffen. Der Preis beträgt für den halben Zentner 5 Mark. Mit der Gründung einer vierten Beamtenstelle, die als Assistentenstelle gelten soll und Johannes Rose übertragen worden ist, erklärt man sich einverstanden. Nach einem Vergleichsvorschlag der Gemeinde Wermsdorf in der schon wiederholt behandelnden Wurzelschen Unterstützungssache beschließt man im Einverständnis mit dem Stadtrat, für den Betrag von 1845,69 Mk. aufzukommen. Von einer endgültigen Besetzung der Stadtkassenstelle wird vorläufig abgesehen. Während der Krankheit des Frl. Ober verwaltet Rehme die Hilfskassenstelle. — 2. Auf Antrag des Herrn Stadtv. Seidel, dem auch die Herren Stadtv. Loßner und der erste Vorsitzende zustimmen, während die Herren Stadtv. Frühauf und Stadtrat Wehner gegenteiliger Ansicht sind, wird das Gesuch des Kirchenvorstandes um Gewährung von Mitteln zur Gewinnung von Entwürfen für das Ehrendenkmal auf dem Ehrenfriedhofe mit 6 gegen 5 Stimmen auf ein halbes Jahr zurückgestellt. — 3. Betreffs des Verkaufs der Eichen an der Struth tritt man dem Beschlusse des Stadtrats bei, Angebote zur Verwendung als Nutzholz einzuholen, doch bei nicht genügendem Ertrag die Eichen als Brennholz für die Stadt zu verwenden. — 4. Beschlossen wird, auf der Bahnhofstraße von Schirmers Bäckerei bis zur Saubachbrücke je eine Ende um die andere auszuroden. — 5. Auf Ansuchen erhöht man die Aufsichtsgebühr bei Tanzmusiken von 1,50 Mk. auf 4 Mk. — 6. Mit zwei vom Ministerium des Innern gewünschten geringfügigen Abänderungen im Ortsgesetz für den öffentlichen Wohnungsnachweis erklärt man sich einverstanden. — 7. Aus Sparsamkeitsrücksichten wird von der Drucklegung des Ortsgesetzes über die Wahlen von Stadtverordneten im hiesigen Tageblatte abgesehen. — 8. Zu zwei Abänderungsvorschlägen seitens des Ministeriums über Gewährung von Mietsbeiträgen und über die Höhe der Unterstützung im Ortsgesetz für Erwerbslosenfürsorge wird Zustimmung erteilt. — 9. Das Gesuch des Herrn Wirtschaftsbesitzers Paul Adam um käufliche Ueberlassung der Wiese rechts des Baches am Scheunenweg wird abgelehnt; auch beschließt man, von dem Kauf des Grundstückes Andersen abzusehen, da der von den Erben geforderte Preis nicht weniger als 25000 Mark und die Brandkasse nur 6500 Mk. beträgt. Betreffs des Hänselschen Grundstückes sind die Verhandlungen mit den Erben noch nicht abgeschlossen. — 10. Unerfüllt läßt man zwei Gesuche um Erlaß bezw. um Herabsetzung von Besitzwechselabgaben für Kriegswitwen; für vielleicht später noch einzugehende Gesuche behält man sich Entscheidung von Fall zu Fall vor. — Am Schlusse nimmt der Herr Vorsitzende noch Gelegenheit, dem aus dem Felde zurückgekehrten und in der heutigen Sitzung anwesenden Herrn Stadtrat Kronfeld zu begrüßen und, weil die heutige Sitzung die letzte vor der Neuwahl ist, allen Mitgliedern des Stadtgemeinderats für die treue Mitarbeit zu danken.

— **Der Winter** scheint jetzt mit einemmale nachzuholen, was er bis jetzt versäumt hat; denn bisher hatten wir, abgesehen von einer kurzen Kälteperiode Anfang Dezember und um die Jahreswende herum, glücklicherweise noch nicht viel bemerkt. Seit einigen Tagen herrscht, namentlich des Abends, eine empfindliche Kälte; Eisblumen steigen an den Fensterscheiben empor und gestern fiel die Quecksilbersäule gar auf — 9 Grad Reaumur. Feld und Flur sind in ein richtiges Winterkleid gehüllt und unsere Jugend tobt sich weidlich mit dem Rodelschlitten aus.

— **In einer öffentlichen Wahlversammlung** sprach gestern abend im Goldenen Löwen Herr Volkskammerkandidat Lehrer Arzt-Dresden für die Sozialdemokratie über „Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Aufgaben der Volkskammer Sachsen". Ausgehend von den kulturellen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Revolution behandelte er in klarer sachlicher Weise die vor uns liegende Periode des Aufbaus, die so unendlich schwer sei, weil es gelte, auf einem Trümmerfelde neues Leben aus den Ruinen zu erwecken. Als Lehrer erörterte er sehr ausgiebig und von höheren Gesichtspunkten aus die Trennung von Kirche und Staat und die anzustrebende Schulreform und fand mit seinen von großem Verständnis und idealer Auffassung zeugenden Ausführungen herzlichen Beifall der zahlreichen Anwesenden. In der Debatte sprach zunächst Herr Mittag aus dem unabhängigen Lager und rollte das Sündenregister der Mehrheitssozialisten herunter, wie es die Unabhängigen sich zusammenkonstruiert haben. Dem traten mit längeren Ausführungen Herr Bombach und der Referent im Schlußwort entgegen, beide an der Hand von Tatsachen nachweisend, daß auch bei den Unabhängigen Theorie und Praxis zwei grundverschiedene Begriffe sind. Nicht im Bruderkampf sollten die Kräfte zersplittert werden, wo es gelte, die Errungenschaften der Revolution hochzuhalten und gegen die Reaktion zu verteidigen.

— **Wahlzeit für die Volkskammer.** Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß das Gesamtministerium durch Verordnung vom 27. Januar 1919 für die Wahlen zur Volkskammer der Republik Sachsen den Schluß der Abstimmung auf abends 7 Uhr festgesetzt hat. Die Wahlen finden also in allen Gemeinden des Landes am Sonntag, den 2. Februar 1919 in der Zeit von vormittags 9 Uhr bis abends 7 Uhr statt.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Beilage zum Wilsdruffer Tageblatt, Amtsbl.

Nr. 26. 78. Jahrgang. Sonnabend den 1. Februar 1919.

„Vorwärts" und Rätesystem.

Kampf auf Leben und Tod.

Berlin, 30. Januar.

Der Vorwärts bringt einen bemerkenswerten Leitartikel von Friedrich Stampfer, betitelt: Demokratie und Rätesystem. Stampfer vertritt darin den Standpunkt, daß für „Arbeiter- und Soldatenräte als Inhaber der politischen Macht kein Raum mehr" ist, und sagt dann wörtlich: „Damit ist ein möglichst klares und ungeschminktes Bild der Zukunft gegeben, die den Räten unter der Demokratie bevorsteht. Entweder sie müssen sich ihr unterordnen und in sachlicher Erledigung ihnen anvertrauter Berufsangelegenheiten ihre Existenzberechtigung erweisen, oder sie müssen gegen die Demokratie den Kampf auf Leben und Tod aufnehmen, sie müssen die Demokratie zu vernichten bestrebt sein, um das russische Rätesystem an ihre Stelle zu setzen."

Vorgehen gegen Bremen und Hamburg

Die Geduld der Regierung ist zu Ende!

Berlin, 30. Januar. Amtlich.

Die Reichsregierung hat sich genötigt gesehen, zur Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen eine Truppenabteilung dorthin zu entsenden. Die ersten Truppenzüge sind bereits in Bremen eingetroffen. Die Stärke der für sonstige Zwecke bereitgestellten Truppen erfährt dadurch infolge des starken Zustroms von Freiwilligen keine Verminderung.

Weiter wird amtlich erklärt: Die Freiheit veröffentlicht ein Telegramm aus Hamburg, die Regierung habe die Bestimmungen des Kriegsministers über die Kommandogewalt und die Soldatenräte für den Bereich des 9. A.-K. aufgehoben. Diese Meldung ist erfunden. Bei einer Besprechung mit Mitgliedern des Zentralrates beim 9. A.-K. hat Staatssekretär Noske die Frage nach der Aufhebung dieser Bestimmung mit einem kategorischen Nein beantwortet. Richtig ist lediglich, daß der Altonaer ebenso wie andere Soldatenräte Anordnungen der Regierung und des Zentralrates nicht beachten wollen. Die Regierung wird, falls diese Weigerung fortbestehen sollte, mit allem Nachdruck auf der Innehaltung ihrer Anordnungen zu bestehen wissen.

Scheidemann über die innere Lage.

Sinken der Streikgefahr.

Berlin, 30. Januar.

Der Volksbeauftragte Scheidemann hat einem Vertreter des Pariser „Matin" erklärt, er begreife sehr wohl, daß das Ausland die Ereignisse in Deutschland mit einer gewissen Unruhe betrachte und fürchte, daß wir nur schwer die Schwierigkeiten überwinden würden, vor die uns der Krieg und die Beendigung der Feindseligkeiten gestellt hat. „Aber Sie können versichert sein, daß das deutsche Volk die schwierigste Krise überstanden hat und daß es die Mittel finden wird, seine Fehler wieder gutzumachen. Es wird weiterarbeiten. Die Arbeit muß unsere Antwort sein auf die Unglücksfälle, die uns zugestoßen sind. Die Streikgefahr wird bald überwunden sein."

Neues zum Waffenstillstand.

Berechtigte deutsche Beschwerden.

Berlin, 30. Januar.

Wie die Waffenstillstandskommission mitteilt, ist die Verfügung, nach der die deutschen Offiziere die alliierten Offiziere zuerst zu grüßen haben, ist nicht von Marschall Foch, sondern vom englischen General Fergusson erlassen worden. Die englische Kommission wurde daher ersucht, für schleunige Aufhebung dieser Vorschrift zu sorgen, welche bereits zu unliebsamen und unwürdigen Auftritten Veranlassung gegeben hat.

Auf die Erklärung der deutschen Regierung, mit der Entente über die Rückerstattung der von Deutschland in dem ehemals besetzten Gebiet beschlagnahmten Vermögenswerte erst dann in Verhandlungen einzutreten, wenn der ihr bei Abschluß des Trierer Vertrages nicht bekannte französische Erlaß aufgehoben sei, welcher die Beschlagnahme des deutschen Eigentums in Elsaß-Lothringen verfügt, führte die französische Kommission aus, daß dieser Erlaß bereits am 7. Dezember im französischen Staatsanzeiger veröffentlicht worden sei. Sie bat daher nochmals um Mitteilung des Standpunktes der deutschen Regierung.

Deutscherseits wurde festgestellt, daß entgegen den gegebenen Zusicherungen während der Dauer der Trierer Verhandlungen Briefe des Staatssekretärs Erzberger an das Auswärtige Amt in Berlin von der amerikanischen Zensur geöffnet worden sind. Die deutsche Kommission forderte Untersuchung dieser Angelegenheit.

Auf eine Bemerkung des französischen Vertreters in der Unterkommission für Eisenbahnmaterial, die Abgabe de Lokomotiven sei bisher hauptsächlich aus Preußen und nur in geringem Umfange aus den übrigen deutschen Bundesstaaten erfolgt, wies der deutsche Vorsitzende darauf hin, daß dies seinen Grund in dem Besitzstand der verschiedenen Eisenbahnverwaltungen habe. Er betonte, daß daraus keinerlei politische Folgerungen auf das Verhältnis der deutschen Staaten zueinander gezogen werden durften.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ **Der Wagenmangel im Ruhrgebiet.** Die Eisenbahndirektion Essen veröffentlicht eine längere Erklärung über den Wagenmangel im Ruhrgebiet, aus der hervorgeht, daß täglich etwa 5200 Waggons dem Betrieb entzogen werden müssen, um 1300 Stück, der Forderung der Entente entsprechend, abzuliefern. Würden diese Wagen nicht fehlen, so könnte die Kohlenförderung und ihr Transport glatt durchgeführt werden. Außer dem Bezirk Essen werden auch die übrigen Eisenbahndirektionsbezirke in entsprechendem Maße mit der Abgabe von Wagen an die feindlichen Mächte seit Wochen in Anspruch genommen. Auch ist die Zuführung von leeren Waggons aus dem besetzten Gebiet, aus dem sonst ein erheblicher Zulauf erfolgte, von den Feinden fast völlig unterbunden. Zudem machen sich die Folgen, welche die Abgabe von 5000 Lokomotiven auf den Betrieb ausübt, von Tag zu Tag in gesteigertem Maße fühlbar. Die Entziehung einer so überaus großen Zahl von Lokomotiven, und zwar der besten, wirkt auf die gesamte Betriebsführung schwer behindernd. Der regelrechte Betrieb der Kohlentransportgüter kann vorläufig nicht gewährleistet werden.

+ **Sicherung der Lebensmittelzufuhr.** Der Zentralverein der deutschen Reeder teilt mit, daß eine Einigung über die Lohnsätze erzielt worden ist, die eine ungestörte Zufuhr von Lebensmitteln für das deutsche Volk ermöglichen soll. Als Beispiel sei erwähnt, daß Vollmatrosen außer freier Verpflegung gegen eine vor dem Kriege bezahlte Heuer von 70 Mark nunmehr eine Monatsheuer von 220 Mark für die transatlantische Fahrt zugebilligt worden ist.

+ **Wahlergebnis in Hessen.** Nach dem vollständigen Ergebnis erhalten in der hessischen Landesversammlung die Sozialdemokraten 31 Sitze, Unabhängige Sozialisten 1 Sitz, Demokratische Partei 13, Zentrum 13, Deutsche Volkspartei 7, Hessische Volkspartei 5 Sitze.

+ **Admiral v. Schröder unter Mordanklage.** Der Zentralrat der Marine verlangt die sofortige Verhaftung des Admirals v. Schröder. In dem Schreiben des Zentralrates an die Reichsregierung wird dem Admiral zur Last gelegt, er habe „eigenmächtig übereilt, und obwohl er vom Großen Hauptquartier von dem Amnestieerlaß über politische Verbrechen Kenntnis haben mußte, die Erschießung zweier Matrosen dringend befohlen und mit allen Mitteln herbeigeführt".

+ **Zwangsenteignung von Großgrundbesitz.** Es steht die Veröffentlichung eines Gesetzentwurfes bevor, wonach der Großgrundbesitz 10 % seiner Fläche abtreten muß. Ferner sollen eingezogen werden: 1. Güter, die von Kriegsgewinnlern gekauft sind, 2. die in den letzten 20 Jahren mehrfach den Besitzer gewechselt haben, 3. die schlecht bewirtschafteten, 4. deren Besitzer nicht selbst bewirtschaften, 5. die aus Bauerngütern zusammengekauften.

+ **Rückkehr der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika.** Die englische Regierung hat der deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt, daß der General v. Lettow mit seiner Schutztruppe sich noch in Daressalam befindet. Der Tag der Überführung nach Europa ist noch nicht festgesetzt, doch soll der Abtransport bald erfolgen. Die Bemühungen, die baldige Heimschaffung der noch in feindlicher Hand befindlichen Kolonialdeutschen, namentlich aber der in Deutsch-Ostafrika befindlichen Frauen und Kinder zu erwirken, werden fortgesetzt.

+ **Einkommensteuer für die Einzelstaaten.** Auf der Konferenz der Finanzminister in Weimar wurde besonders eingehend die Einkommensteuerfrage behandelt. Ein süddeutscher und ein sächsischer Antrag verlangten, daß die Einkommensteuer auch für die Zukunft den Einzelstaaten überlassen werde, da diese sonst die hohen Kulturaufgaben der Zukunft nicht erfüllen könnten. Dafür will man die Vermögenssteuer dem Reiche überlassen, behält sich jedoch einen Zuschlag für die Einzelstaaten vor.

Frankreich.

× **Die Stärke des Ententeheeres.** Nach Mitteilungen des amerikanischen Generalstabes hatten die Alliierten im Augenblick der Unterzeichnung des Waffenstillstandes 6 427 000 Mann an der Westfront; davon entfielen auf Frankreich 2 559 000, auf England und Portugal zusammen 818 000, auf Amerika 1 950 000 und auf Belgien und Italien 200 000 Mann.

Spanien.

× **Rückgabe Gibraltars?** Nas einer Meldung aus Paris beabsichtigt England, Gibraltar an Spanien abzutreten. Romanones traf die Vereinbarung, daß England dafür Centa (an der gegenüberliegenden afrikanischen Küste) als Flottenstützpunkt erhält. Spanien verpflichtet sich, auf die Anerkennung des Abkommens zu dringen, falls die spanische Zone in Marokko in anderen Besitz übergeht.

Nah und Fern.

○ **Vorsicht bei Reisen ins besetzte Gebiet.** Ohne Reiseerlaubnisscheine kommen immer noch viele Reisende nach Köln, die dann bei ihrer Ankunft den Kontrollbeamten ins Garn laufen und sich vor dem britischen Kriegsgericht zu verantworten haben. So wurde vor einigen Tagen eine Gesellschaft von 70 Personen, bestehend aus Männern, Frauen und Kindern, von britischen Mannschaften zum Kriegsgericht geleitet. Viele entlassene Soldaten waren darunter, Eheleute mit Säuglingen, stellenlose Arbeiter u. a. Die entlassenen Soldaten gingen frei aus, die anderen mußten aber durchweg eine Geldstrafe von 20 bis 50 Mark zahlen.

○ **Dank an die Feldpost.** Hindenburg hat dem Feld-Oberpostmeister ein Dank- und Anerkennungsschreiben für die Tätigkeit der Feldpost im Kriege zugehen lassen. Es heißt da: „Der Ausgang des Feldzuges bringt auch für die Feldpost ein anderes Ende ihrer Tätigkeit als sie gehofft hatte. Dabei wird vielfach auch für den einzelnen die wohlverdiente äußere Anerkennung ausbleiben müssen. Ein Ersatz muß in dem Gefühl innerer Befriedigung gefunden werden, das treue Pflichterfüllung gewährt. Ich habe das feste Vertrauen, daß die ausscheidenden Angehörigen der Feldpost den Geist straffer Ordnung und opferwilliger Dienstfreudigkeit mit in ihren bürgerlichen Beruf hinübernehmen werden, den in der schweren Zeit, der wir entgegengehen, der Aufbau unseres Vaterlandes von jedem deutschen Mann fordert."

○ **Keine Kohlen, keine Banknoten.** Folgenden für die Gegenwart bezeichnenden Aufruf veröffentlicht der „Vorwärts". Bergarbeiter! Genossen! Schafft Kohlen! Die durch Kohlenmangel hervorgerufene Gassperre verhindert die Herstellung des Geldes in der Reichsdruckerei. Wenn die Gassperre längere Zeit besteht, können die Löhne für Arbeiter, die Unterstützungen für Arbeitslose nicht mehr gezahlt werden! Also: Schafft Kohlen! Arbeiterrat der Reichsdruckerei." Daß der Kohlenmangel nun auch die in letzter Zeit ins Riesenhafte gewachsene Papiergeldfabrikation bedroht, ist jedenfalls bemerkenswert.

Auf nach Münster! Wie im Schlaraffenland scheint man in Münster zu leben. In einem Inserat im Anzeiger von Münster kündet der Besitzer eines Kaffeehauses an: „Von heute ab gebe ich an meine werten Gäste Tagesportionen bestehend aus Kaffee in Kännchen (reinen Bohnenkaffee) mit Stückzucker und kondensierter Milch. Ab 3½ Uhr täglich reichliche Auswahl in feinsten Konfitüren sowie Schokolade in jeder Preislage. Meine Spezialität, feinste Bruchcreme-Schokolade, trifft wieder wöchentlich ein." Auf nach Münster!

Vermischtes.

Schmugglerball. Von einem eigenartigen Ball in einem Ort nahe der ungarischen Grenze, der von Schmugglern veranstaltet wurde und massenhaft besucht war, berichtet ein Wiener Blatt: Bis zum grauenden Morgen wurde gesungen und getanzt, hohe Zechen wurden anstandslos beglichen, das Entree von 10 Kronen für die Person gern erlegt und die unermüdliche Zigeunerkapelle reichlich entlohnt. Im Bericht über diesen vornehmen Ball hätte es lauten müssen: „Unter den erschienenen Persönlichkeiten bemerkte man unter anderen: einen Herrn, der imstande ist, Schweinefett zu besorgen, ferner einen anderen, der Hülsenfrüchte anstandslos über die Grenze bringt, mehrere Schwarzfahrer mit weißem Mehl, hervorragende Vertreter anonymer Butterfirmen und einen Wohltäter mit Würfelzucker, der uns gebeten hat, seinen Namen zu verschweigen oder höchstens einem guten Bekannten ins Ohr zu flüstern. In den Pausen brachte der Veranstalter einen gediegenen humoristischen Trinkspruch auf die Ernährungsbehörden aus, der stürmische Heiterkeit erregte. Ein sinniger Einfall eines namentlich in Kreisen der Gendarmerie hochgeschätzten Mitgliedes war es, die reich besetzte Speisetafel zur Erhöhung des Appetits mit Brotkarten zu decken. Der Tanz währte bis zum heranbrechenden Zwielicht, in dessen mattem Licht sich die meisten Teilnehmer sofort wieder auf verborgenen Seitenpfaden in die Geschäfte begaben.

Das Geheimnis der alten Mamsell.

28] Roman von E. Marlitt.

Die Frau kam heraus, und Felicitas schritt über die Schwelle. Der Professor saß am Schreibtische; seine Feder flog bereits wieder über das Papier. Er hatte aber doch das junge Mädchen eintreten sehen, und ohne das Auge von seiner Arbeit wegzuwenden, streckte er die Linke nach den Briefen aus. Er erbrach einen derselben, während Felicitas wieder nach der Tür schritt.

„Apropos," rief er, schon halb und halb in den Brief vertieft, „wer stäubt denn hier im Zimmer ab?"

„Ich," antwortete das junge Mädchen stehen bleibend.

„Nun, dann muß ich Sie ersuchen, künftig meinen Schreibtisch mehr zu respektieren. Es ist mir sehr unangenehm, wenn ein Buch auch nur von seiner Stelle gerückt wird, und hier fehlt mir sogar eines."

Felicitas schritt gelassen nach dem Tische, auf welchem mehrere Bücherstöße lagen.

„Was hat das Buch für einen Titel?" fragte sie ruhig.

Es zuckte etwas wie ein Lächeln durch das ernste Gesicht des Professors. Diese Frage aus einem Mädchenmunde klang aber auch eigentümlich naiv und bedenklich im Studierzimmer des Arztes.

„Sie werden es schwerlich finden — es ist ein französisches Buch," erwiderte er. „Cruveilhier. Anatomie du système nerveux steht auf der Rückseite," setzte er hinzu — wieder zuckte es über sein Gesicht.

Felicitas zog sofort eines der Bücher hervor; es lag zwischen mehreren anderen französischen Werken.

„Hier ist es," sagte sie. „Es lag jedenfalls noch auf der Stelle, wo sie es selbst hingelegt hatten — ich nehme keines der Bücher in die Hand."

Der Professor stützte seine Linke auf den Tisch, drehte sich mit einem Rucke nach dem jungen Mädchen um und sah ihm voll ins Gesicht.

„Sie verstehen Französisch?" fragte er rasch und scharf.

Felicitas erschrak; sie hatte sich verraten. Freilich verstand sie nicht allein Französisch, sie sprach es auch leicht und fließend — die alte Mamsell hatte sie vortrefflich unterrichtet. Jetzt sollte sie antworten, und zwar entschieden antworten. Die stahlgrauen Augen mit dem unabweisbaren Blicke wichen nicht von ihrem Gesichte, sie hätten die Lüge jedenfalls sofort abgelesen — sie mußte die Wahrheit sagen.

„Ich habe Unterricht gehabt," entgegnete sie.

„Ach ja, ich entsinne mich, bis zu Ihrem neunten Lebensjahre — und da ist etwas hängen geblieben," sagte er, indem er sich mit der Hand die Stirne rieb.

Felicitas schwieg.

„Das ist ja auch der unglückliche Umstand, an dem wir mit unserem Erziehungsplane gescheitert sind, meine Mutter und ich," fuhr er fort. „Es ist Ihnen zu viel weisgemacht worden, und weil wir darüber unsere eigene Ansicht hatten, so verabscheuen Sie uns als Ihre Peiniger und Gott weiß was alles, nicht wahr?"

Felicitas rang einen Augenblick mit sich, aber die Erbitterung siegte. Sie öffnete die blaßgewordenen Lippen und sagte kalt: „Ich habe alle Ursache dazu."

Einen Moment runzelten sich seine Augenbrauen wie in heftigem Unwillen; allein vielleicht erinnerte er sich so mancher trotzigen und unfreundlichen Antwort, die er oft als Arzt von ungeduldigen Patienten ruhig hinnehmen mußte . . . Das junge Mädchen da vor ihm krankte ja auch seiner Meinung nach an einem Irrtume; daraus entsprang jedenfalls die Gelassenheit, mit der er sagte: „Nun, von dem Ihnen gemachten Vorwurfe der Verstocktheit spreche ich Sie hiermit frei — Sie sind mehr als aufrichtig . . . Uebrigens werden wir uns über Ihre schlechte Meinung zu trösten wissen."

Er nahm den Brief wieder auf und Felicitas entfernte sich. Als sie auf die Schwelle der offenen Tür trat, da flog ein Blick des Lesenden ihr nach. Der Vorsaal war erfüllt von warmem Sonnenglanze; die Mädchengestalt stand plastisch da in dem dunkleren Zimmer wie ein Gemälde auf Goldgrund. Noch fehlte den Formen jene Rundung und Fülle, die bei der vollkommen entwickelten Frauenschönheit unerläßlich ist; trotzdem erschienen die Linien weich und zeigten in der Bewegung eine unbeschreibliche Grazie, man möchte sagen, jene Schmiegsamkeit, wie sie die Märchenpoesie ihren schwebenden und huschenden Gestalten andichtet . . . Und was war das für ein merkwürdiges Haar! Gewöhnlich erschien es kastanienbraun; wenn aber, wie in diesem Augenblicke, ein Sonnenstrahl darauf fiel, dann blinkte es rötlich golden. Es erinnerte durchaus nicht an jedes geschmeidige, lang herabfließende Frauenhaar, wie es einst unter dem Helme der schönen Spielersfrau hervorgequollen war. Ziemlich kurz, aber von mächtiger Fülle, Welle an Welle bildend, sträubte es sich noch sichtbar widerwillig in dem dicken, einfach geschlungenen Knoten am Hinterkopfe. Einzelne starke Ringel befreiten sich stets eigenmächtig und lagen, wie eben jetzt, auf dem weißen Halse.

(Fortsetzung folgt)

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Wer wählt, der kämpft! **Männer und Frauen!** Darum wählt!

Wer hat Euch alle Rechte bis zur Revolution vorenthalten?
Wer hat Euch wirtschaftlich unterdrückt?
Wer ist schuld an der Nahrungsmittelnot zum allergrößten Teil?
Wer hindert den schnellen Fortschritt zu Kultur und Freiheit?
Wer hat den Militarismus gezüchtet?
Wer will ihn wieder einführen?
Wer hat den Krieg gefeiert?
Wer wollte die halbe Welt erobern und hat damit den Krieg verlängert?

Die bürgerlichen Parteien!

Frauen.

Wer gab Euch das freie Wahlrecht?

Beamte.

Wer machte Euch frei? **Wer** will die Besserung Eurer Lage?
Wer will freie Bahn zu freier Entwicklung?

Arbeiter.

Wer erkämpfte den 8-Stundentag?
Wer kämpft für bessere Entlohnung?
Wer kämpft für bessere Ernährung?
Wer kämpft gegen Ausbeutung?
Wer kämpft für die Wohlfahrt des Volkes? 1794

Die Sozialdemokratie!

Darum wählt sie!

Wählt nicht die Bürgerlichen, sie wollen zurück in das alte Elend, und preisen die demokratischen Geldsäcke als den einzigen Hort der persönlichen Freiheit.

Wählt Liste Frässdorf-Sindermann und Genossen!

Die Deutsche Volkspartei

hat im ostsächsischen Wahlkreis
ohne Presse, ohne Organisation, ohne die Riesensummen,
die den anderen Parteien zur Verfügung standen, lediglich durch

die Werbekraft ihrer Ideen und ihrer Persönlichkeiten

fast 100 000 Stimmen erzielt. Wo sie trotz der Kürze der Zeit mit den Wählern in Fühlung treten konnte, ist sie die **stärkste nichtsozialistische** Partei geworden. So erhielten

die Heinzeliste:	in Dresden	46 813	Stimmen, in Freiberg	4 561	Stimmen
„ Nitzschkeliste:	„ „	44 764	„ „ „	2 817	„
„ Kötzschliste:	„ „	30 612	„ „ „	1 862	„

Wähler, laßt Euch nicht verblüffen!
Der Deutschen Volkspartei gehört die Zukunft!
Wählt am 2. Februar die Blücherliste!

1782

Nein, wir schreien uns nicht heiser
Nach der Liste Blücher, Kaiser,
Denn von uns es wählt ein Jeder
Wagner, Hofmann, Clemens Träber.

Volkspartei Deutschnational
Ruft als Männer ihrer Wahl
Wagner, Hofmann, Schmidt und Müller,
Kohlmann, Träber, Berg und Ziller.

Reicht Schmidt, Wagner ihr die Hand,
Steht es wohl ums Vaterland.
Wollt Ihr gut beraten sein,
Wählet **Liste Wagner** rein!

1814

---

ca. 20 qbm.
guten Ton,
4 Jahre gelagert, hat abzugeben 1761
Reinh. Walther,
Gasthaus „Landberg",
Herzogswalde.

Die lästigen Schuppen!
beseit. unt. Garantie Schwefelpomade **Philodermine** „Marke Eichenkranz". Bei: **Paul Kletzsch,** Drogerie 3231

Drucksachen all Art
liefert sauber und preiswert
die Buchdruckerei d. Bl.

Deutsche Landfrauen!

Das Vaterland ist in Gefahr!

Der Bolschewismus bedroht Euch mit Gesetzlosigkeit, Eingriff in das persönliche Eigentum, Plünderung.

Ihr habt dem Vaterlande in vier schweren Kriegsjahren viel geopfert.

Jetzt zeigt, daß Ihr die Kraft habt, den Kampf aufzunehmen gegen alles, was Ordnung und Sicherheit gefährdet.

Gefährdet ist die christliche Kirche!

Den Glauben will man Euch und Euren Kindern nehmen.

Gefährdet ist die Landwirtschaft!

Was Ihr in vielen Jahren mitgeschaffen habt, was Ihr erspart habt, was Ihr im Kriege durch Eurer Hände Fleiß erhalten habt, droht vernichtet zu werden durch äußere und innere Feinde.

Ihr habt das **Stimmrecht** erhalten.

Das Wahlrecht legt Euch **die Pflicht** auf, mitzukämpfen für Vaterland und Kirche, für Euer Heim und Eure Kinder.

Die Nationalversammlung soll uns Recht und Ordnung bringen. In ihr müssen auch die Kreise vertreten sein, die Nahrung schaffen.

Eine jede von Euch muß wählen!

Auf **jede Stimme** kommt es an.

Schafft **Recht** und **Ordnung,** dann schafft Ihr Freiheit und Brot.

Wählt so, daß Ihr **schützt,** was Ihr liebt:

Euer Heim, Eure Kinder, Eure Kirche!

Wählt die Liste der 1851

Deutschnationalen Volkspartei!

— **Beilage.** Unsere Leser machen wir auf das der heutigen Nummer beiliegende Flugblatt der Deutschen Demokratischen Partei aufmerksam. [1812] — Der heutigen Gesamtauflage unseres Blattes liegen ferner 2 Beilagen der Deutschnationalen Volkspartei bei. [1822]

— **Cunnersdorf bei Dresden-Plauen.** Auf dem hiesigen Rittergute hatte sich der 17jährige Verwalter M. seine Stube heizen lassen und war dann später zu Bett gegangen. In der Nacht sind aus dem Ofen giftige Kohlengase ausgeströmt, die den jungen Mann bewußtlos machten. Sofort angestellte Belebungsversuche blieben erfolglos.

— **Meerane.** Der Mord in Wickersdorf hat sich als Raubmord herausgestellt. Die Sektion der Leiche der ermordeten Schankwirtin Frau Sonne ergab, daß Frau Sonne zunächst durch Schläge auf den Kopf betäubt und dann erwürgt worden ist. Geraubt wurden zirka 250 M Geld und einige sonstige Wertgegenstände. Der erwähnte beschriebene Zettel, der auf der Leiche gefunden wurde, sollte nur zur Irreführung dienen. Von dem Täter fehlt zur Zeit noch jede Spur.

Oeffentl. Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen

am 27. Januar.

unter Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Dr. Grille.

(Nichtamtlicher Bericht.)

Die zum Beginn des Jahres vorzunehmenden Neu- und Ergänzungswahlen von Sachverständigen für Enteignungsangelegenheiten usw. wurden im Sinne der Vorschläge der betreffenden Referenten erledigt. — Den Ortsausschüssen für Jugendpflege wurden für das laufende Jahr 850 Mark bewilligt. — Der dritte Nachtragsvertrag zu den Vereinbarungen mit dem Landesausschusse des Vereins vom Roten Kreuz in Dresden wegen Erhöhung des täglichen Mannschaftsverpflegungssatzes von 3 auf 3,50 Mk. wurde genehmigt. — Der Voranschlag zum Haushaltplane des Bezirks auf das Jahr 1919 ergibt 1. für die Bezirkskasse eine Einnahme von 462416 Mk., eine Ausgabe von 440925 Mk., somit einen Bestand für Ende 1919 von 21491 Mk. 2. für die Bezirksanstalt Bohnitzsch eine Einnahme von 34300 Mk., eine Ausgabe von 33886 Mk., somit einen Bestand von 414 Mk. 3. Für die Bezirksstraße Meißen-Gauernitz eine Einnahme von 7630 Mk. und eine Ausgabe von gleicher Höhe. 4. Es betragen die Aufwendungen des Bezirks an Reichsunterstützungen für Kriegerfamilien bis zum 31. Dezember 1918 10872175 Mk. Hierauf sind vom Reiche erstattet worden 1807500 Mk. Es verbleiben an ungedeckter Reichsunterstützung 9064675 Mk. An Bezirksunterstützungen sind bis zum gleichen Zeitraume angewiesen worden 6437306 Mk. Darauf sind als Reichs- und Staatszuschüsse eingegangen 2087073 Mk. Verbleiben ungedeckte Bezirksunterstützungen 4350233 Mk. Beide Summen sind vorläufig durch Darlehnsgelder und im Wege des staatlichen Wechselakzepts edus bei einem Zinsfuße von 5, 4⅝ und 4½ Prozent aufgebracht worden. An Zinsen hierfür sind am 31. Dezember 1918 1050000 Mk. erforderlich geworden. Der Bezirksverband hat für diese Zinsen zur Verfügung gestellt: 1915 = 12500 Mark, 1917 = 50000 Mk., 1917 = 120000 Mk. und 1918 = 275000 Mk., zusammen 437500 Mk. Es verbleiben an ungedeckten Zinsen 612500 Mk. Die Bezirksschuld am Ende des Jahres beträgt 6442733 Mk. Es wird beschlossen, die Erhebung der Bezirkssteuer von 23,9 Prozent dem Bezirkstage vorzuschlagen, die Entschließung über den Tilgungsfuß aber auszusetzen, bis sich übersehen läßt, zu welchem Zinsfuße sich die Schulden konsolidieren lassen. Der Haushaltplan des Verpflegsheims „Wettinstift" in Coswig auf das Jahr 1919 ergibt eine Einnahme von 132350 Mk. und eine Ausgabe von 117000 Mk. Mit dem von 1,20 Mk. auf 1,75 Mk. zu erhöhenden Verpflegssatz wird Einverständnis erklärt. Vom A.- und S.-Rat ist an die Amtshauptmannschaft das Ersuchen gerichtet worden, Zulagen an verheiratete Freiwillige der hiesigen Sicherheitstruppe zu gewähren. Es wird beschlossen, in Gemeinschaft mit der Stadt Meißen der 75 Mann starken Truppe vorläufig bis Ende Februar pro Mann täglich zwei Mark Zulage zu gewähren, obwohl der Bezirksausschuß die Ansicht vertritt, daß eine hinreichende Bezahlung der Volkswehr Sache des Staates ist. — Ferner gelangt zur Kenntnisnahme ein Bericht über die zur Genehmigung eingereichten Ortsgesetze über Gemeindevertreterwahlen zwecks Umwandlung von Gemeindeversammlungen in Gemeinderäte. Da aber ein Zwang zur Umwandlung nicht besteht, wollen es 73 Gemeinden vorläufig noch bei der Gemeindeversammlung belassen. Gleichfalls Genehmigung fanden die Verbandssatzungen, bez. Nachträge zum Ortsgesetz des Hebammenbezirkes Helbigsdorf. Hinsichtlich des vom Bezirk und der Stadt Meißen gemeinschaftlich ausgegebenen Kriegsnotgeldes ist die Reichsbank der Meinung, daß ein weiteres Bedürfnis dieser Ausgabe nicht vorliege, da Reichsscheine jetzt genügend vorhanden seien. Die Ausgeber des Geldes stimmen dieser Ansicht zwar nicht ganz zu. Man beschließt aber, im Einvernehmen der Stadt Meißen beim Ministerium die Genehmigung zur Zurückziehung des Geldes für den 1. April nachzusuchen. — Die seit dem Tage der Revolution fortschreitend sich steigernde Schließung von Mühlen infolge verbotswidrigen Mahlens von Brotgetreide wird zur Kenntnis genommen und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß bei weiteren Schließungen von Mühlen die Gefahr besteht, daß die zum Mahlen notwendigen Mühlen bald nicht mehr vorhanden sein werden! Die Bezirksausschußmitglieder werden ersucht, in ihren Kreisen darüber aufklärend zu wirken. (M. T.)

Kirchennachrichten

Am 4. Sonntag nach der Erscheinung.

Predigttext: Luk. 4, 16—30.

Wilsdruff.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. ½11 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst.

Grumbach.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Kesselsdorf.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Vf. Heber.) — Nachm. 1 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Nachm. ½2 Uhr Jungfrauenverein.

Sora.

Vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst. — Vorm. ½11 Uhr Kindergottesdienst.

Limbach.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Blankenstein.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Oldenburger Zucht- u. Milchvieh-Verkauf.

Von **Sonntag den 2. Febr.** früh an stellen wir einen großen Transport **Oldenburger** 1825

Zucht- u. Milchvieh

preiswert zum Verkauf.

Kesselsdorf, Gebr. Ferch,

am Bahnhof. — Fernsprecher Amt Wilsdruff Nr. 471.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer i. R. Gärtner, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Sächs. Wähler und Wählerinnen!

Keine Wahlmüdigkeit! Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Eine sozialistische Mehrheit ist unabwendbar, wenn nicht jeder nichtsozialistische Wähler wählt. Durchkreuzt auch die Wahltaktik der Deutschen Demokratischen Partei, indem Ihr geschlossen eintretet

für die Liste Blüher!

Die Deutsche Volkspartei.

1791

Gestern nachmittag 3 Uhr verschied unerwartet unser gutes, heißgeliebtes

Helmutchen

unser einziges Kind, unser ganzes Lebensglück, im zarten Alter von 4½ Jahren.

Wilsdruff u. Nossen, am 31. Januar 1919.

In unsagbarem Weh
Stadtkassierer **Buback u. Frau**
u. **Großeltern.**

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause aus statt. 1817

Kleinhändler! Gewerbetreibende!

Wahrt Eure Interessen!

Wählt zur Sächsischen Volkskammer!

Wählt bürgerlich!

Keine Stimme der Sozialdemokratie!

Die Sozialdemokratie ist Euer Feind!

1813

Kleine

Landwirtschaft oder Landhaus

mit großem Garten bez. Feld wird sofort **zu kaufen gesucht.** Offerten erbeten an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter **1784.**

Ein zuverlässiger

Knecht oder Schirrmeister

wird für 1. Febr. **gesucht.** Zu melden bei

Arthur Ambos,
Grumbach. 1774

Für meine Tochter, 15 J., suche

Stelle auf größerem Gute

zu Kindern oder Küchen h. Familienanschluß wird gew. Offerten unter **1810** an die Geschäftsst. dss. Bl. erb.

Bruchbänder Leibbinden Suspensorien

empfiehlt in guter Ausführung

F. J. Rotzsch
Nossen, Markt 9. 1822

Für die zahlreichen Beweise der Liebe und Anteilnahme, welche uns bei dem schmerzlichen Verluste unseres geliebten, unvergeßlichen

Herbert

durch Blumenschmuck, Wort, Schrift und Begleitung zur letzten Ruhestätte zum Ausdruck gebracht worden sind, sprechen wir hierdurch unseren

herzlichsten Dank

aus.

Unkersdorf, am 30. Jan. 1919.

1800 **Familie Gießmann.**

Ein Posten derbe, haltbare

Aermelwesten

ist soeben eingetroffen bei 1802

Emil Glathe, Wilsdruff.

Unterricht für Konzert-Zither

erteilt 1796

A. Schneider, Zedtlerstraße 176.

Turnverein Wilsdruff.

(D. T.) 1795

Riege Jahn.

Heute **Sonnabend punkt 8 Uhr** Versammlung im Restaurant „Gute Quelle".

Einzelne Leute ohne Anhang **suchen**

Wohnung.

Angebote bis Sonnabend Mittag unter **1818** an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Sonnabend, 1. Febr. von 2 Uhr ab

Fleisch-Verkauf.

Nrn. 301—400. 1824

August Hohlfeld.
Roßschlächter.

Junger, lernender Kaufmann sucht **möbliertes ev. leeres Zimmer mit Mittagstisch** zum 1. April. Werte Angebote wolle man mit Preisangabe senden an **Erich Eselmann, Ober-Planitz,** Wettinstraße 3. 1809

Achtung! Zahle für **Schlachtpferde** angemessene Preise. Roßschlächterei **Heinr. Hahnisch, Potschappel.** Tel. 2779 Amt Deuben. Bei Notschlachten Transportwagen zur Stelle.

Geschäfts-Veränderung.

Meiner hochverehrten Kundschaft in Stadt und Land teile ich hierdurch mit, daß mein Unternehmen durch Kauf in den Besitz des Herrn Kaufmann **Paul Lauer** übergegangen ist. Mit dem herzlichsten Dank für das mir in so reichem Maße entgegengebrachte Wohlwollen und Vertrauen verknüpfe ich die ganz ergebene Bitte, dasselbe auch auf meinen Nachfolger zu übertragen, der das Unternehmen nach den altbewährten, soliden Grundsätzen der Firma weiterführen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Berthold Wilhelm vorm. Bruno Gerlach.

Auf Vorstehendes höflichst bezugnehmend, beehre ich mich, allen werten Einwohnern von Wilsdruff und Umgegend ergebenst anzuzeigen, daß ich die

Kolonialwaren-, Zigarren-, Sämereien-, Futtermittelhandlung und Dampfdestillation

des Herrn Berthold Wilhelm vorm. Bruno Gerlach

unter dem heutigen Tage käuflich erworben habe und unter der Firma

Paul Lauer

weiterführen werde. Es soll mein eifrigstes Bestreben sein, den Wünschen meiner verehrten Kundschaft in jeder Richtung gerecht zu werden; ebenso versichere ich, in meinem Geschäft stets nur die besten Waren zu angemessenem Preis zu führen.

Ich bitte höflichst, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und zeichne

mit vorzüglicher Hochachtung

Wilsdruff, am 1. Februar 1919.

Paul Lauer.

1814

Potschappel, 1. Februar 1919.

P. P.

Hierdurch beehre ich mich anzuzeigen, daß ich meine

Roßschlächterei, Speisewirtschaft und Pferdegeschäft

unter dem heutigen Tage meinem Sohne und Schwiegersohne käuflich überlassen habe, die es unter der Firma **Oswald Mensch Nachfolger, Inhaber Mensch & Siering** weiterführen werden.

Für das während des 32jährigen Bestehens meines Geschäftes bewiesene Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, dasselbe auch auf meine Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Auguste verw. Mensch.

Potschappel, 1. Februar 1919.

P. P.

Unter höflicher Bezugnahme auf Nebenstehendes teilen wir ergebenst mit, daß wir unter dem heutigen Tage

das Geschäft unserer Mutter

käuflich erworben haben. Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, das Geschäft den alten guten Grundsätzen getreu weiterzuführen und bitten wir, das der Firma bisher erwiesene Wohlwollen auch auf uns übertragen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Oswald Mensch Nachfolger
Inhaber: Mensch & Siering.

1801

Deutsche Demokratische Partei.

Sonnabend den 1. Februar 1919 abends 8 Uhr im Gasthof zu Herzogswalde

Oeffentliche Wahlversammlung.

Redner: Herr Schulz-Wilsdruff über „Die Aufgaben der Sächsischen Volkskammer".

Gasthof Klipphausen.

Sonntag den 2. Februar von nachm. 4 Uhr an

Feiner Militärball. 1821

Erbgerichtsgasthof Herzogswalde.

Sonntag den 2. Februar von 7 Uhr an 1797

Feine Ballmusik.

Hierzu laden ergebenst ein **Arthur Täubrich und Frau.**

Schöne Schlittenbahn.

Gasthof Oberhermsdorf.

Sonnabend den 1. Februar 1919

Großes Militärkonzert

ausgeführt vom 2. Grenadier-Regiment Nr. 101.

Nachdem Feiner Ball.

Anfang ½8 Uhr.

1819 **Sonntag den 2. Februar 1919**

Feiner Damenball.

Anfang 5 Uhr. ½10 Uhr Kotillion.

Knabenhosen

äußerst feste, haltbare Qualität

Männer-Arbeitshosen

dauerhaft, keine Ersatzware.

Eduard Wehner

1820 **Markt.**

Hier stehen jederzeit schwere sowie mittelschwere

Wagen-, Kutsch- und Arbeitspferde

preiswert zum Verkauf.

Telefon Nr. 21163 **Trompeterschlößchen Dresden,** Trompeterstr.

1789

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Wahlergebnis u. Wahlaussichten.

Nach den vorläufigen Feststellungen, die aber das Wahlergebnis zur Nationalversammlung schon deutlich hervortreten lassen, erhielten in unserem ostsächsischen Wahlkreise:

die Mehrheitssozialisten	7	Mandate,
die Deutschnationale Volkspartei	2	„
die Deutsche demokratische Partei	2	„
die Deutsche Volkspartei	1	Mandat.

Hatten wir bei der eben vollzogenen Wahl 12 Abgeordnete zu wählen, so stehen am 2. Februar in unserem Wahlkreise 35 Abgeordnete zur Wahl.

Welche Lehren ergeben sich aus den Wahlen zur Nationalversammlung für die Wahlen zur sächsischen Volkskammer?

Wir wollen nicht wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand stecken, sondern wollen der Lage offen ins Gesicht sehen.

Bei dem zahlenmäßigen Übergewicht der Sozialdemokratie kommt **Alles** darauf an, daß die Vertreter des Bürgertums in der sächsischen Volkskammer **nicht** zu einem wesentlichen Teile **aus Helfershelfern der Sozialdemokratie** bestehen. Dies würde der Fall sein, wenn der vom jüdisch-großkapitalistischen „Berliner Tageblatt" ins Leben gerufenen Deutschen demokratischen Partei eine größere Anzahl Mandate zufallen würde. Die eigenen Erklärungen namhafter Vertreter dieser Partei lassen darüber keinen Zweifel zu.

Was bei der Verbrüderung von Sozialdemokraten und Demokraten herauskommt, haben wir im Reichstage erlebt, wo die freisinnige Partei (jetzt Deutsche demokratische Partei) der Sozialdemokratie so lange unentwegt den Steigbügel hielt, bis sie von dieser an die Luft gesetzt wurde — wodurch die Deutsche demokratische Partei sich nicht abhalten läßt, sich wieder bei der Sozialdemokratie anzubiedern.

Mit der Sozialdemokratie und der Deutschen demokratischen Partei Arm in Arm kommen wir also auch aus den Erschütterungen nicht heraus, sondern in immer neue hinein.

Wir werden im Wahlkampf keinen Augenblick in dem Versuch erlahmen, eine Mehrheit der Sozialdemokratie in der sächsischen Volkskammer zu verhindern. Sollte uns der Erfolg versagt sein, **so muß aber wenigstens die bürgerliche Minderheit aus solchen Abgeordneten bestehen, die der Sozialdemokratie**

ein Gegengewicht halten.

Und diese Abgeordneten müssen in solcher Anzahl in der Volkskammer vorhanden sein, daß die Mehrheit mit ihnen rechnen muß.

Die Deutsche Volkspartei hatte bei der Wahl zur Nationalversammlung ihre ganze Agitation auf **eine** Persönlichkeit eingestellt. Und dies, obwohl man bei der Verhältniswahl nicht die Person wählt, sondern die Partei, von der man überzeugt ist, daß sie sich am meisten der Lage gewachsen zeigt. Blieb schon bei der vorigen Wahl die auf die Liste der Deutschen Volkspartei abgegebene Stimmenzahl wesentlich hinter der Stimmenzahl zurück, die auf die Liste unserer Deutschnationalen Volkspartei abgegeben wurde, so dürfte sich das Stimmenverhältnis jetzt wohl schwerlich zu Gunsten der Deutschen Volkspartei ändern. Denn das **Programm** der Deutschen Volkspartei, welches in der Losung: „Wir wollen die Mitte halten" gipfelt, kann in einer Zeit nicht zugkräftig sein, wo es darauf ankommt:

energisch Farbe zu bekennen.

Wähler und Wählerinnen, wenn dem so ist, so könnt Ihr nur für die

Liste der Deutschnationalen Volkspartei stimmen.

Mögen auch alle diejenigen, welche bei der vorigen Wahl für die Deutsche demokratische Partei eintraten, wenn sie unsere Ausführungen als zutreffend ansehen müssen, sich ausnahmslos von dieser Partei abwenden.

Es kommt darauf an, die Stimmenzahl für die Liste der Deutschen demokratischen Partei herabzumindern und diejenige für die Deutschnationale Volkspartei noch weiter zu erhöhen, über das von ihr am 19. Januar allein in unserem Wahlkreise erzielte, an sich glänzende, Wahlergebnis von mehr als 120 000 Stimmen hinaus. Das kann nicht nur sehr wohl geschehen, nein es **muß** geschehen — **soll nicht Sachsen wehrlos der Regierungsunfähigkeit und Willkür der Sozialdemokratie ausgeliefert werden.** Und die Abkehr von der Deutschen demokratischen Partei kann deutschen Männern und Frauen wahrlich nicht schwer fallen, wenn sie sich erinnern, daß inzwischen die Deutsche demokratische Partei selber geflissentlich die Scheidewand zwischen sich und den bürgerlichen Parteien aufrichtete, als sie die Listenbindung mit diesen verweigerte.

Auf denn, zur neuen Entscheidung sächsische Männer und Frauen! **Wählt gut sächsisch!**

Gut sächsisch ist, wie es seit Gründung des Reiches war, auch heute noch:

Deutschnational!

Die Deutschnationale Volkspartei.

Liste Wagner, Hofmann, Schmidt usw.

Wenden!

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

Kandidaten-Liste

für die

Wahlen zur Sächsischen Volkskammer

am 2. Februar 1919

(Wahlkreis Sachsen-Ost).

Landgerichtsdirektor Dr. Eduard **Wagner**, Dresden
Fabrikdirektor Johannes **Hofmann**, Meißen
Stadtrat Oswin **Schmidt**, Freiberg
Fabrikdirektor Max **Lehnig**, Niederlößnitz
Kaufmann Max Otto **Ziller**, Dresden
Oberverwaltungsgerichtsrat Louis **von der Decken**, Dresden
Lehrerin Fräulein Franziska **Ohnesorge**, Dresden
Kaufmann Friedrich **Klotz**, Dresden
Oberlandesgerichtsrat Dr. Otto **Mangler**, Laubegast
Rechtsanwalt Hans **Kohlmann**, Dresden
Gemeindevorstand August Clemens **Träber**, Arnsdorf
Rechtsanwalt Dr. Kurt **Philipp**, Dresden
Dr. Alexander **Müller**, Dresden
Fabrikdirektor Wilhelm Max **Rockstroh**, Kleinsedlitz
Pastor Theodor Walter **Berg**, Bautzen
Gemeindevorstand Karl Eduard **Donath**, Oppelsdorf
Geh. Bergrat Prof. **Schiffner**, Rektor an der Bergakademie, Freiberg
Landmesser Ferdinand Bernhard **Rentsch**, Kamenz
Malermeister Gustav **Christ**, Radeberg
Oberlehrer Kurt **Grüntzig**, Radeberg
Geschäftsführerin des Verbandes landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine)
Fräulein Magdalene **Pfeifer**, Dresden
Prof. Dr. Robert **Helbig**, Zittau
Oberpostsekretär Gerhard **Börner**, Dresden
Gutsbesitzer Julius **Förster**, Mittelherwigsdorf
Amtshauptmann Dr. **von Loeben**, Freiberg
Privatmann Oswin **Frenzel**, Neustadt i. Sa.
Fräulein Charlotte **Müller-Jässing**, Dresden
Baumeister Paul Otto **Lommatzsch**, Dresden
Kommerzienrat Richard Johannes **Arnold**, Großenhain
Postmeister Paul Emil **Weller**, Öderan
Vorwerksbesitzer Ökonomierat O. **Welde**, Oberhäslich bei Dippoldiswalde)
Eisenbahnsekretär Paul **Lubeck**, Dresden
Güterdirektor Ökonomierat **Richter**, Baruth
Major a. D. Friedrich Eberhard **Meinhold**, Leubnitz-Neuostra
Geheimer Rat Dr. Elwir **Hähnel**, Kuppritz.

Deutschnationale Volkspartei

Geschäftsstelle Dresden, Schössergasse 3, I.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 41681 :: :: Bankguthaben: Deutsche Bank, Dresden

Rotationsdruck der Dresdner Actiendruckerei vorm. Richard Müller G. m. b. H., Dresden-A., Fallenstraße 12/14

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

?

Am nächsten Sonntag wird über das Schicksal unseres Sachsenlandes entschieden werden. Jeder Wähler muß sich darüber klar sein,

welche Liste er zu wählen hat.

Die deutsch-nationale Liste? — Nein!

Denn das sind die Reaktionäre, die Konservativen, die Alldeutschen, die Antisemiten, die Kriegsverlängerer, die **Deutschland durch ihre verhängnisvolle Politik und die Herausforderung Amerikas in den Abgrund getrieben haben.** Das sind diejenigen Leute, die in ihrem blinden Rassenhaß an die niedrigsten menschlichen Instinkte appellieren und die Volksgenossen gegeneinander verhetzen.

Die Deutsche Volkspartei? — Nein!

Denn das sind die ewig Wankenden und Schwankenden, die Schwerindustriellen, **die alten Gegner des gleichen Wahlrechtes,** die Eroberungspolitiker und U-Bootfantasten, die Politiker, die unter einer liberalen Maske stets mit der Reaktion zusammen gingen. Trotzdem haben sie bei den Nationalwahlen **in ganz Sachsen** nur 1 **(einen!)** Abgeordneten durchgebracht. Keine Stimme diesem bedeutungslosen Grüppchen!

Die Sozialdemokratie? — Nein!

Denn sie ist eine einseitige Klassenpartei, die alles vom Standpunkte des Klassenkampfes, des Proletariats gegen das Bürgertum betrachtet, die das **Eigentumsrecht beschränken,** die also **jede individuelle Bewegungsfreiheit im Wirtschaftsleben unterdrücken** und alles nach einer Schablone bürokratisieren will. Eine **Alleinherrschaft** der Sozialdemokratie würde die Aufrichtung eines sozialistischen Staates, eines Zwangsstaates bedeuten, in dem nur der Arbeiter etwas zu sagen hat.

Welche Partei tritt denn nun ein

für Freiheit im Geistes- und Wirtschaftsleben,
für Aufrechterhaltung des Privateigentums,
für wahre Demokratie, d. h. „Gleiches Recht für Alle",
für sozialen Ausgleich und soziale Steuern,
für Selbstbestimmungsrecht und Würde der Nation,
für Recht und Menschlichkeit im Völkerleben,
für einen ehrenvollen Frieden?

Das ist die aus Gewerbetreibenden, Kaufleuten, Industriellen, Handwerkern, Beamten, Angestellten und Arbeitern aller Art bestehende

Deutsche Demokratische Partei!

Sie allein gewährleistet einen ruhigen staatlichen Wiederaufbau des Sachsenlandes und des deutschen Reiches auf demokratisch-republikanischer Grundlage.

Mitbürger! Volksgenossen!

Sammelt Euch! Schließt Euch zusammen!
Wählt Alle **„Liste Kraft".**

Deutsche Demokratische Partei.

Buchdruckerei Albert Uhlig, Dresden-A.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

Mit dieser Antwort könnte man sich auf kirchlicher Seite zufriedengeben. Aber so richtig darin das Vorgehen des preußischen Kultusministeriums verurteilt wird, für das eigenmächtige Vorgehen des sächsischen Kultusministeriums fehlt jedes Wort der Mißbilligung.

Es muß auch leider festgestellt werden: Vertreter der Demokratischen Volkspartei haben öffentlich ihre Zustimmung dazu erklärt, ja es freudig begrüßt, wenn der gegenwärtige sächsische Kultusminister auf dem Wege der Verordnung, also

eigenmächtig, ohne vorher das Volk zu hören,

einschneidende Bestimmungen über die Trennung von Kirche und Staat und über den Religionsunterricht in der Schule erlasse.

Darum können wir von der Demokratischen Volkspartei nicht mit Bestimmtheit erwarten, daß unsere Kirche und die mit ihr zusammenhängenden Fragen so behandelt werden, wie es nach Recht und Billigkeit zu verlangen ist.

Wie hat die

Deutsch-nationale Volkspartei

beantwortet? Ihre Antwort lautet:

„Im Auftrage der Deutschnationalen Volkspartei teile ich Ihnen ergebenst mit, daß diese Partei durchaus die aufgestellten Forderungen politisch nach jeder Richtung hin vertreten wird. In Beantwortung der einzelnen Fragen teile ich Ihnen ergebenst folgendes mit:

1. Der öffentlich-rechtliche Charakter und das Selbstverwaltungsrecht der evangelisch-lutherischen Kirche müssen erhalten bleiben. Das Letztere ist unbedingt geboten, damit die Reinheit der kirchlichen Lehren durch kirchliche Organe gesichert ist.

2. Für den Abbau der staatlichen Beiträge zum Kirchenwesen erscheint eine mindestens zehnjährige Uebergangsfrist unbedingt geboten.

3. In erster Linie muß danach gestrebt werden, allen Volksschulen in dem bisherigen Umfange die christliche Jugenderziehung zu erhalten, damit möglichst allen Kindern die Möglichkeit, die christliche Lehre kennen zu lernen, gegeben ist. Sollte dies nicht möglich sein, dann muß den Eltern, die freie Schulen unterhalten wollen, dieses Recht zugestanden werden. Solche Eltern müssen dann von allen Schullasten befreit werden.

4. Das Kirchenvermögen muß erhalten bleiben. Soweit eine Wegnahme des Kirchenvermögens durch den Staat erfolgen soll, muß unbedingt nach den Grundsätzen der Enteignung auf volle Entschädigung der Kirche gedrungen werden."

Mit dieser Antwort hat sich die **Deutsch-nationale Volkspartei klar und entschieden auf die Seite der Kirche gestellt und ihre berechtigten und begründeten Ansprüche erfüllt.**

Das ist die Sachlage!

Die **bevorstehende Wahl zur Sächsischen Kammer ist von ungeheurer Wichtigkeit für die kirchliche Zukunft unseres Landes.**

Darum wähle

ein jeder gute Deutsche, ob Frau oder Mann

Deutschnational

die Liste Wagner — Hofmann — Schmidt usw.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF

Sehr wichtig! Bitte genau durchlesen!

Evangelische Christen!

In der Gegenwart handelt es sich nicht nur um den Neuaufbau der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern auch um die zukünftige Neubildung unserer Kirche. Die jetzige Regierung hat ja gerade auf dem Gebiete der Kirche und der Religion wichtige, weitgreifende Verordnungen erlassen, denen gegenüber Klarheit der kirchlich gesinnten Wahlberechtigten unbedingt notwendig ist. Bei der bevorstehenden Trennung von Kirche und Staat haben die Geistlichen und die kirchlich gesinnten Gemeindeglieder nicht nur das Recht, sondern auch die ernste

Gewissenspflicht,

die einzelnen Parteien daraufhin zu prüfen, welche Stellung die Parteien zu den kirchlichen Fragen einnehmen. Die Partei, die in dieser Beziehung unsere berechtigten Ansprüche vertritt, verdient es, daß wir ihr nicht nur unsere Stimme geben, sondern auch für sie werben.

Wie ist nun die Lage?

Der Ausschuß zur Aufklärung über die Kirchentrennungsfrage hatte am 21. Dezember 1918 an die verschiedenen Parteien in Sachsen eine Anfrage gerichtet. Darin heißt es:

Wie wird sich Ihre Partei stellen

1. zu einem öffentlich-rechtlichen Charakter und zum Selbstverwaltungsrecht der evangelisch-lutherischen Kirche im Staate?
2. zu der Forderung einer angemessenen (etwa 10jährigen) Uebergangsfrist für den Abbau der staatlichen Beiträge zum Kirchenwesen?
3. zu einer Sicherung der christlichen Jugenderziehung durch die Schulen des Landes?
4. zu einem Schutz der Kirchgemeinden gegen finanziellen Zusammenbruch?

Wir erbitten Ihre Rücksendung bis zum 31. Dezember dieses Jahres.

Die Sozialdemokratie

hat es nicht für nötig gehalten, diese Anfrage überhaupt zu beantworten. Damit hat diese Partei öffentlich dargetan, daß ihr die Kirche und deren Lage

mindestens gleichgültig

ist. Es heißt ja auch in dem sozialdemokratischen Flugblatt mit der Ueberschrift „Wahlen zur Nationalversammlung": „Die Sozialdemokratie tritt für die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der öffentlichen Schule ein." Klipp und klar sagt dasselbe Flugblatt: „Ist der Staat verpflichtet, die Wissenschaft zu fördern, ohne ihr die Wege weisen zu wollen, so hat er der Kirche gegenüber weder der Rechte noch Pflichten". Letzteres bedeutet doch nichts anderes, als dies: Der Kirche sollen nach dem Willen der Sozialdemokratie Beihilfen aus Staatsmitteln künftighin

nicht mehr gewährt werden.

Was soll da aus armen Kirchengemeinden werden? Es würde deren finanziellen Zusammenbruch bedeuten, wenn diese Zuschüsse plötzlich aufhörten.

Und nun kommt die

Demokratische Volkspartei

und ruft uns zu:

Wer seine Kirche liebt, der wähle demokratisch!

Die demokratische Volkspartei hat auf oben abgedruckte Fragen folgende Antwort gegeben:

„Ich erhielt Ihr wertes Schreiben vom 21. Dez. 1918 und teile Ihnen mit, daß die Landesorganisation der Deutschen Demokratischen Partei zu den einzelnen Fragen noch nicht Stellung genommen hat und in der gestellten Frist auch kaum Stellung nehmen kann. Wie aus den offiziellen Mitteilungen der Partei hervorgeht, ist leicht zu erkennen, daß sie zu den von Ihnen gestellten Fragen eine der Kirche günstige Stellung einnimmt. Wir verurteilen auf das Entschiedenste das Vorgehen des preußischen Kultusministers. Ich persönlich werde meinen ganzen Einfluß darauf einsetzen, daß die Neuordnung auf diesem Gebiete ohne besondere Erschütterungen vor sich geht, daß die Selbständigkeit der Kirche sowohl in rechtlicher als auch in finanzieller Beziehung eine Sicherung erfährt, und daß die christliche Jugenderziehung in dem von mir bereits gelegentlich der Verhandlungen über ein neues Schulgesetz geäußerten Sinne im Jahre 1912 mit Nachdruck vertreten wird.